

# Übernachtung, kein Frühstück

Von Jan Kavka.

Vielleicht bleib ich lieber zuhause. Denn bevor ich das nächste Mal zu einer Demo fahre, muss ich erstmal überprüfen, ob ich genug Geld auf dem Konto habe. Das kann nämlich teuer werden. Die Bundespolizei hat seit September letzten Jahres eine neue Gebührenverordnung. Nicht für Straftaten, sondern für Dienstleistungen. Also, wenn man in den fragwürdigen Genuss kommt, eine Dienstleistung der Bundespolizei in Anspruch nehmen zu dürfen. So kostet dann zum Beispiel eine erkennungsdienstliche Maßnahme 59,50 Euro. Identitätsfeststellung, also das Abfragen des Ausweises über Funk, 53,75 Euro. Ein mündlicher Platzverweis 44,65 Euro, ein schriftlicher gar 88,85 Euro. Richtig teuer wird es, wenn man in Gewahrsam genommen wird. Die Anordnung dazu kostet schon 74,15 Euro und jede angefangene Viertelstunde in Gewahrsam 6,51 Euro. Wenn man also eine Nacht unfreiwillig in einer Zelle verbringt, ist man schnell 300 bis 400 Euro los. Ohne auch nur irgendetwas getan zu haben. Ohne von einem Gericht verurteilt zu sein.

So eine Ingewahrsamnahme ist nämlich keine Strafe für ein Vergehen, sondern eine Präventivmaßnahme. Sie schützt zum Beispiel vor Autonomen oder Hooligans. Wenn man also zu einer Demonstration anreist und zufälligerweise, weil es kalt und windig und regnerisch ist, eine schwarze North-Face-Jacke trägt, dann kann man auch schon mal in Gewahrsam landen. Ohne etwas getan zu haben. Schließlich besteht ja die Gefahr, dass man etwas tun könnte. Man sieht ja so aus. Man trägt ja sogenannte szenetypische Kleidung. Und jetzt kostet das einen Haufen Geld. Man zahlt für etwas, das man nicht getan hat, und für etwas, das nicht verboten ist. Eine Strafe ohne Straftat. Eine Strafe ohne Verurteilung und ohne die Möglichkeit, rechtlichen Widerspruch einlegen zu können. Und es ist ja nicht so, dass all die Arbeit der Bundespolizei nicht schon durch Steuergelder finanziert wäre.

Natürlich ist die Bundespolizei vor allem an Bahnhöfen und Flughäfen im Einsatz, aber um zu einer Demonstration oder einem Fußballspiel in einer anderen Stadt zu kommen, muss man nun mal am Bahnhof oder manchmal auch am Flughafen vorbei. Auch Proteste gegen Abschiebungen finden oft an Flughäfen statt. Manch Demonstrant\*in wird sich zweimal überlegen, ob er\*sie es sich leisten kann, auf eine Demonstration zu fahren, oder nicht doch lieber zuhause bleibt. Ein demokratisches Grundrecht nur für diejenigen, die es

sich leisten können. Eine Einschränkung des Demonstrationsrechtes durch die Hintertür. Und es ist auch nicht sicher, ob das jetzt nicht nur ein Testlauf ist und diese Gebührenverordnung früher oder später auch von den Landespolizeien übernommen wird. Zum Glück bin ich, dank der deutschen Niedriglohnpolitik, so prekär beschäftigt, dass ich mir diese Strafen ohnehin nicht leisten kann. Dann komme ich dafür ins Gefängnis und die Allgemeinheit zahlt das am Ende doch wieder.

Ich bin zwar prekär beschäftigt, ich bin aber dennoch privilegiert. Ich bin weiß, und seitdem ich keine bunten Haare mehr trage, werde ich auch nur noch selten von der Polizei kontrolliert. Bei Menschen mit offensichtlicher Migrationsgeschichte, mit dunkler Haut oder mit einem Aussehen, das einfach nicht kartoffelig genug ist, sieht das schon wieder anders aus. Auch wenn *Racial Profiling* offiziell verboten ist, ist die Wirklichkeit der Polizeiarbeit einfach eine andere. Eine diskriminierende, ja oftmals einfach eine rassistische. Und Menschen mit sichtbaren Migrationsgeschichten müssen nun auch noch für diskriminierende Polizeiarbeit zahlen. Bahnticket zum Sparpreis: 29,90 Euro; Identitätsfeststellung: 53,75 Euro; Rassistische Erniedrigung: unbezahlbar.

Am Härtesten trifft es wieder mal Geflüchtete. Wenn sie abgeschoben werden, gibt es nach der neuen Gebührenverordnung nun auch einen festen Stundensatz für die Polizeibegleitung: 15,69 Euro pro angefangene Viertelstunde. Geflüchtete müssen demnach nicht nur den Flug selbst bezahlen, sondern auch eine Menge Geld für die polizeiliche Begleitung blechen, vor allem, wenn sie irgendwann wieder nach Deutschland zurückkehren wollen. Ein Flug von München nach Kabul dauert leicht neun Stunden. Was da zusammenkommt, kann man sich ausrechnen. Nicht, dass es schon schlimm genug wäre, nachts von Polizist\*innen aus dem Zuhause gerissen und in ein Flugzeug gezerrt zu werden. Nachdem nun allerdings Donald Trump vor Kurzem mit den islamistischen Taliban in Afghanistan „Frieden“ geschlossen hat und die Taliban jetzt wieder ungehindert agieren können, dürften die Kosten noch eines der kleineren Probleme für abgeschobene Afghan\*innen sein.

Manchmal möchte ich einfach zuhause bleiben.<

Jan Kavka *ist prekär lebender Schriftsteller mit Schreibblockade*